

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33 37. Jg.

22. Aug. 1924

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24 Elsassersstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

URABSTIMMUNG

zur Abänderung der §§ 5, 14, 15, 23, 30, 33 und 34 der Ausführungsbestimmungen zum Statut.

Der Vorstand schreibt unter Zustimmung des Verbandsausschusses und des Beirates gestützt auf § 15 des Statuts und § 41 der Ausführungsbestimmungen des Statuts für Sonnabend, den 20. September folgende Urabstimmung zur Abänderung des Statuts aus:

§ 5.

Absatz 1. Der wöchentliche Beitrag beträgt für alle Vollmitglieder 1,20 Mk.; für die männlichen Mitglieder der Porträtphotographie die Hälfte des Vollbeitrages und für die weiblichen Mitglieder ein Drittel. Weibliche Mitglieder derjenigen Berufsgruppen, die unter Zentraltarifen stehen und die gleichen Mindestlöhne wie die männlichen Mitglieder beziehen, haben die Vollbeiträge zu leisten. (Alle weiteren Bestimmungen des § 5 bleiben bestehen.)

§ 14.

1. Absatz. 1. Arbeitslose Mitglieder können in Deutschland eine Arbeitslosenunterstützung erhalten, die pro Woche das siebenfache des bezahlten Wochenbeitrages beträgt (usw. wie Statut).

§ 15.

Absatz 1. Während einer von einem praktischen Arzte (auch Naturheilarzte) festgestellten, mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit kann den Mitgliedern Krankenunterstützung gezahlt werden, die das fünffache des gezahlten Wochenbeitrages beträgt (usw. wie Statut).

§ 23.

Absatz 2. Sie beträgt pro Woche:

1. Wenn der Eintritt bis zum 30. Lebensjahre erfolgte:

- a) nach 650 Beiträgen rund das 2½ fache des Vollbeitrages
- b) nach 1040 Beiträgen rund das 3 fache des Vollbeitrages
- c) nach 1560 Beiträgen rund das 3½ fache des Vollbeitrages

2. Wenn der Eintritt nach dem 30. Lebensjahre erfolgte:

- a) nach 650 Beiträgen rund das 2 fache des Vollbeitrages
- b) nach 1040 Beiträgen rund das 2½ fache des Vollbeitrages
- c) nach 1560 Beiträgen rund das 3 fache des Vollbeitrages

§ 30.

Absatz 1. a) nach 650 Beiträgen das 60 fache eines Vollbeitrages
b) nach 1040 Beiträgen das 90 fache eines Vollbeitrages
c) nach 1560 Beiträgen das 120 fache eines Vollbeitrages

§ 33.

- Absatz 1.** a) nach 52 Beitr. rund das 20 fache eines Vollbeitr.
b) nach 156 Beitr. rund das 30 fache eines Vollbeitr.
c) nach 260 Beitr. rund das 40 fache eines Vollbeitr.
d) nach 390 Beitr. rund das 50 fache eines Vollbeitr.
e) nach 520 Beitr. rund das 60 fache eines Vollbeitr.

§ 34.

Absatz 1. Mitglieder, die mindestens 260 Wochenbeiträge für Krankenunterstützung und Sterbegeld gezahlt haben, können beim Ableben ihrer Frau ein Sterbegeld erhalten, in der Höhe von rund des 20 fachen Vollbeitrages.

Den an uns gestellten Anträgen auf Erhöhung der Unterstützungen kann der Vorstand nur nach Befragung der Mitglieder entsprechen. Der letzte Verbandstag hat die Unterstützungen in einen bestimmten Zusammenhang mit der Höhe des Beitrages gebracht, so daß also eine Erhöhung der Unterstützungen über diese Festsetzungen hinaus eine Änderung der Satzungen herbeiführt. Der Vorstand hat geprüft, ob eine Erhöhung der Unterstützungen ohne gleichzeitige Erhöhung des Beitrages ermöglicht werden könnte. Das ist nicht der Fall. Es müßte also mit einer Erhöhung der Unterstützungen gleichzeitig eine Erhöhung des Beitrages eintreten. Wir haben den Vollbeitrag mit 1,20 Mark berechnet. Das ist eine 20 prozentige Erhöhung des jetzigen Beitrages. Demgegenüber könnte nach rechnerischer Grundlage eine Erhöhung der Unterstützungen um 100 bis 140 Prozent eintreten.

Weiter stellen wir die Frage mit zur Urabstimmung, ob der Vorstand berechtigt sein soll, falls die Erhöhung des Beitrages eine über die vorgeschlagenen Sätze hinausgehende Erhöhung einiger Unterstützungen zulassen sollte, diese Erhöhung ohne besondere Abstimmung vornehmen zu können.

Wir ersuchen nunmehr, unter Beachtung der statutarischen Vorschriften zu unserem Antrage Stellung zu nehmen und darüber in Versammlungen in der Zeit vom 10. bis 19. September zu befinden. Nach dem 20. September eingehende Abstimmungsergebnisse können nicht mehr berücksichtigt werden.

Erhöhter Beitrag und erhöhte Unterstützungen würden nach Zustimmung der Mitglieder ab 28. September 1924 in Kraft treten.

Berlin, den 18. August 1924.

Der Vorstand.

Regierungsgründe für Agrarschutzzölle.

Die Londoner Konferenz, die die gesamte politische Welt einige Wochen in Atem gehalten hat, ist zu Ende und das Ergebnis die Verständigung. Die Verhandlungen über den Dawes-Plan sind soweit gediehen, daß es nur noch einer Entscheidung des deutschen Volkes bedarf, um ihre Ergebnisse wirksam werden zu lassen. Der Reichstag ist deshalb zur Tagung berufen worden, und wenn sich nicht Hindernisse auftürmen, ist der Kampf um das Londoner Ergebnis im Reichstage schon entbrannt, wenn diese Zeilen in die Hände der Kollegen kommen.

Daß sich dieser Kampf nur um die Frage drehen wird, wer soll die dem deutschen Volke auferlegten Lasten tragen, kann mit Sicherheit vorausgesagt werden. Ist doch die Einleitung dazu schon gegeben durch die Schutzzollpläne. In unserem in Nr. 29 der „Graphischen Presse“ gebrachten Artikel: „Stellungnahme der Gewerkschaften gegen Schutzzölle“ wiesen wir schon darauf hin. Da der Kampf, Schutzzölle oder nicht, jetzt in sein entscheidendes Stadium eintritt, geben wir zur Information der Kollegen folgenden Auszug aus der Rede des Reichsernährungsministers zur Begründung seines Schutzzollprogrammes:

Der Minister ging von der Frage aus: „Soll die deutsche Volksernährung sich in Zukunft vorzugsweise auf die Produktion der heimischen Scholle

stützen oder auf Einfuhr?“ — Primär handelte es sich um eine vorsorgliche Behandlung der deutschen Volksernährung. Diese sei in greifbarer Zukunft gefährdet, wenn nicht schon heute — es kann gar nicht früh genug sein — die notwendigen vorsorglichen Maßnahmen getroffen werden. Keine Regierung dürfe, gleichgültig wie sie zur Landwirtschaft steht, tatenlos zusehen, daß die gesunde Basis jeder Volksernährung, der eigene Nährstand, unter dem Zwange einer akuten Notlage zum extensiven Betrieb übergeht. Extensivierung der Landwirtschaft bedeutet letzten Endes bedingungslose Auslieferung der Verbraucher an die Willkür und den Egoismus des Weltmarktes. Eine Mißernte in Kanada könne die deutsche Volksernährung schwer gefährden, wenn die deutsche Scholle nicht mehr intensiv bearbeitet wird, also nicht mehr den notwendigsten Bedarf sicherstellen kann.

Die Extensivierung der Landwirtschaft sei bereits im Gange! Sie finde Ausdruck in den aus allen Landesteilen eintreffenden Nachrichten über den berechtigten, trostlosen Pessimismus der Bauern und den mangelnden Mut, noch ernsthaft an die Herbstbestellung, an die Bestellung des Brotgetreides für das nächste Jahr, in dem gewöhnlichen Umfang zu gehen. Hinzu komme, daß Extensivierung der Landwirtschaft heute für die große Masse der Landwirte eine Erleichterung bedeute; einerseits werden zwar durch Übergang zum extensiven Betrieb Rekorderlöse eines Rekorderntejahres hinfallig, andererseits verringern sich jedoch

durch die Extensivierung die Betriebsunkosten derart, daß ein bescheidenes, aber stabiles Einkommen dauernd gesichert erscheine. Der intensive landwirtschaftliche Betrieb sei bekanntlich immer der teuerste.

Vom Ernährungsstandpunkt aus sei es Pflicht der Regierung, schon heute der beginnenden Extensivierung einen Riegel vorzuschieben. Wie läßt sich das erreichen?

1. Durch Kredithilfe, 2. durch Steuererleichterung, 3. durch Ausfuhr, 4. durch Zölle.

Um auf dem Wege des Kredits der Landwirtschaft eine wirklich nachhaltige Erleichterung zu schaffen, fehlen bekanntlich die Mittel. Im übrigen sei die Agrarkrise nie allein durch Kredite zu lösen, die verzinnt und zurückgezahlt werden müssen, sondern nur dadurch, daß man das Übel an der Wurzel anpackt, und das sei eben die Verschlechterung der Produktionsbedingungen. Ein allzu radikaler Abbau der Steuern, abgesehen von möglichst lang zu befristenden Stundungen, würde den Etat von Reich, Ländern und Gemeinden umwerfen und somit den Anlaß zu neuem Geldmachen, zur Wiederinbetriebsetzung der Notenpresse, also zur neuen Inflation geben. Durch die Freigabe der Ausfuhr sei gleichfalls keine durchgreifende Erleichterung zu erhoffen, weil die Absatzmöglichkeiten für deutsche Agrarprodukte im Ausland beschränkt seien.

Es bleiben die Zölle. Hierbei ergeben sich zwei Kardinalfragen: 1. Sind Schutzzölle geeignet, die

heimische Produktion zu heben, Masse und Qualität der Agrarprodukte zu mehren? 2. Wirken sich die Zölle so verteuern auf die Lebenshaltung aus, daß damit die günstige Wirkung, nämlich die Steigerung der heimischen Produktion, für die Verbraucher wieder praktisch illusorisch wird?

Schutzzölle seien geeignet, die Produktion zu heben und zu mehren, solange die übrigen Länder der Welt ihre eigene Produktion durch Schutzzölle schirmen, das Land also, welches dieses als einziges nicht tut, sicherlich den Kürzeren zieht, und solange es nicht gelinge, die landwirtschaftliche Technik so zu steigern, daß dadurch die klimatischen Unterschiede der einzelnen Produktionsgebiete ausgeglichen werden im Interesse gleichmäßiger Produktionsbedingungen und Produktionskosten.

Für beide Voraussetzungen fehle aber noch auf Generationen hinaus jede praktische Grundlage. Rein psychologisch sei ein maßvoller Schutzzoll seit jeher und in allen Ländern der natürliche Anreiz zu kühnem und segensreichem Experimentieren von Praxis, Wissenschaft und Technik gewesen. Ein solcher Anreiz fehle heute. Hinzu komme, daß der durch die Überproduktion der Überseeeländer entstandene Überfluß auf die heimische Produktion drücke. Hierdurch steigere sich der Leerlauf der getreideverarbeitenden heimischen Industrie und des getreideumstehenden inländischen Handels; dieser Leerlauf wachse sich naturgemäß zu einer Verteuerung der heimischen Zwischenspanne zum Schaden der Verbraucher aus. Durch Wiedereinführung würde u. a. die geradezu unsinnige Mehleinfuhr behindert, die deutschen Mühlen, die jetzt still liegen, zur Aufnahme von Getreide und zum Arbeiten befähigt, ihre Selbstkosten also herabgesetzt und somit auch das Endprodukt verbilligt. Die Wiederkehr des alten, guten Grundsatzes: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ sowie die von der Reichsregierung geplante Herabsetzung der Umsatzsteuer dürften dazu mitwirken, die Ladenpreise trotz einer eventuellen Auswirkung der Zölle nach menschlicher Berechnung in absolut erträglichen Grenzen zu halten. So bedeute z. B. die Differenz der Mählpreise zwischen Berlin und München von 50 v. H. eine absolut ungerechtfertigte Spannung, zeige aber im übrigen, daß der Getreidepreis auf den Brotpreis keine ausschlaggebende Wirkung habe.

Agrarzölle, wenn sie maßvoll seien, bewirkten die Hebung der heimischen Agrarproduktion, desgleichen aber auch mit dem Steigen der Kaufkraft der Landwirtschaft die Hebung der industriellen Produktion, somit also bessere Arbeits- und Lohnbedingungen bei der Industrie.

Im übrigen seien vor zwei Jahren die autonomen Industriezölle wieder eingeführt, sie seien sogar zum Teil erhöht. Diese abzubauen werde ernstlich von keiner Seite verlangt. Es sei aber volkswirtschaftlich ein Unding, Industriezölle, keine Agrarzölle zu haben, da dann die durch Zoll nicht geschützte Landwirtschaft die durch den Industriezoll geschützten und verteuerten Produktionsmittel von der Industrie kaufen müßte. — Wahrung der Parität auf diesem Gebiet sei eine Selbstverständlichkeit.

Man brauche eine fühlbare Verteuerung, ohne Optimist zu sein, nicht zu befürchten, wenn es gelinge, die Zwischenstellen zwischen Agrarproduzent und Verbraucher auf allen Gebieten zu einer Preiskorrektur zu bewegen, die unerlässlich und besonders berechtigt sei nach Eintreten der vorgenannten Erleichterungen, wie z. B. Abbau der Umsatzsteuer, Wiederbelebung des Geschäftes, vor allem aber bei der getreide- und fleischverarbeitenden Industrie. Zur Erreichung dieser Preiskorrektur werde die Regierung keine Mittel unversucht lassen.

Im übrigen trage immer das Ausland einen Teil der Zollsätze, vor allem bei reichlichem Auslandsangebot.

Eine mittelbare Auswirkung der Zölle auf die Lebenshaltung, die höchstens vorübergehend sich ausdrücken könnte, und die dann Lohn erhöhungen zur Folge haben müßte, fürchte er nicht, weil die bessere Beschäftigung der Industrie infolge der Wiederherstellung der Kaufkraft der Landwirtschaft bessere Lohnbedingungen einerseits und Verbilligung der Urprodukte und auch der Endprodukte auf allen Gebieten zur automatischen Folge haben müßte.

Die größte Belastung des Verbrauchers entstehe durch den Rückgang der heimischen und industriellen Produktion!

Eine weitere Handhabung der Kartellgesetzgebung dürfte das ihre dazu tun, die Preisringe zugunsten des Verbrauchers zu brechen.

Es werde der Reichsregierung der Vorwurf gemacht, sie wähle den Augenblick zur Einbringung der Zollvorlage denkbar ungeschickt, weil sich die Zölle vor Wiederaufrichtung der Zollgrenze im Westen sowieso nicht auswirken könnten. Dieser Vorwurf ist ungerechtfertigt. Wir müssen bereits vor Eintreten fester Wirtschaftsgrenzen im Westen die Zollvorlage erledigt haben, denn diesen Zeitpunkt ohne Zölle abzuwarten, hieße die unausbleibliche Klärung dieser Frage nur verschieben und sie mit Bestimmtheit verschärfen und komplizieren. Im übrigen sei bereits heute ein Zollschutz nötig, da östliche Länder Roggen weit unter dem deutschen Preis anbieten.

Ein Teil der Presse sehe in dem Steigen der Preise an der Produktenbörse lediglich die Folgewirkung der Zollvorlage und der Ausführungsgebühren. Beide Annahmen sind nur bedingt zutreffend. Der Hauptgrund für das Steigen der Getreidepreise sei die überraschende Hausse auf dem Weltmarkt. Im übrigen zeige sich natürlich immer bei Eintreten solcher Momente eine gewisse Spekulation an der Getreidebörse, die sich auf Termingeschäfte lege, die aber nur vorübergehenden Charakter haben dürften. An und für sich könnten alle, die es wirklich mit der Sicherung der Volksernährung gut meinen, froh sein, wenn allein die Zollvorlage und die Ausführungsgebühren tatsächlich eine angemessene Erhöhung der allseits als viel zu niedrig anerkannten Getreidepreise bringen würde. Es werde der Reichsregierung vorgeworfen, sie hätte mit der Zollvorlage einen „unvorhergesehenen Überfall“ auf das deutsche Volk unternommen. Das stimme nicht. Der Reichswirtschaftsrat habe in jüngster Zeit monatelang über dieses Thema verhandelt und der Regierung ein in aller Öffentlichkeit bekanntes präzises Gutachten an die Hand gegeben, welches als sachliche Unterlage für die Vorlage gelten müsse.

Für jede ihrer Verantwortung bewußte Regierung dürfe die Fragestellung nicht lauten: „Wie schaffe ich dem Volke für die allernächste Zeit möglichst billiges Brot?“, sondern sie müsse lauten: „Wie sichere ich vorausschauend dem Volke auch für die Zukunft Brot zu erträglichen und vor allem gleichbleibenden Preisen?“ Da Ernährungspolitik vorsorgliche Politik sein müsse, konnte die Beantwortung dieser Frage nur in der heutigen Gesetzesvorlage gefunden werden. Jede andere Regierung würde freiwillig oder unfreiwillig sehr bald vor derselben Frage stehen und unter dem Druck der katastrophalen Wirtschaftslage, die durch andere Mittel kaum zu beheben ist, zwangsläufig zu derselben Antwort kommen, die auszusprechen oder gar in die Praxis umzusetzen, sicherlich sehr unpopulär, deshalb aber nicht weniger notwendig sei. Im übrigen handle es sich heute um die unerlässliche Schaffung eines Provisoriums und um die Ausführung eines Vakuums aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Jede Art von Zöllen sei immer nur ein notwendiges Übel. Die Grundfrage, ob und inwieweit wir in Zukunft Zollpolitik treiben sollen, werde bei den Verhandlungen über den neuen Zolltarif, die aber noch in weitem Felde liegen, aufgerollt und ausgefochten werden. Aus ernährungspolitischen und handelspolitischen Gründen sei die sofortige Vorlage unerlässlich.

Was nun?

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestellten-Bund, der Allgemeine Deutsche Beamten-Bund haben vor einiger Zeit einen Ausschuss eingesetzt, der untersuchen sollte, welche Auswirkungen die Durchführung des Sachverständigengutachtens (Dawes-Gutachten) auf die Lage der deutschen Arbeitnehmer hat und welche Schlußfolgerungen sich daraus für die freien Gewerkschaften ergeben. Die Arbeit des Ausschusses ist inzwischen beendet; das Ergebnis ist in einer Broschüre der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Bei der Untersuchung der Frage: Annehmen oder Ablehnen, ist der Ausschuss zu dem Ergebnis gekommen, daß die Freiheit der Entschliebung überhaupt nicht mehr bei Deutschland liegt. Die Ablehnung des Dawes-Gutachtens bedeutet nicht, sich den Reparationsleistungen entziehen zu können, sondern bedeutet im günstigsten Falle nur die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Daß es soweit gekommen ist, verdankt Deutschland seinen Kapitalisten. Sie haben jede vernünftige Erfüllungspolitik verhindert und dadurch das Ruhrabenteuer heraufbeschworen. Die deutsche Bourgeoisie hat diese Besetzung vorausgesehen. Sie hat sie nicht vermieden, sie hat sie eher gewünscht. Als sie vor der Entscheidung stand, Zahlung oder Besetzung, hat sie bewußt sich für die zweite Lösung entschieden. Stinnes liierte die Begründung dafür: „Ich muß betonen“, sagte er, „daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt, daß sie damit nichts erreichen, als daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen.“

Nachdem sich diese Rechnung als falsch erwiesen hat, wurden die deutschen Schwerindustriellen durch die Mietum-Verträge zu Erfüllungspolitikern. Noch mehr! Sie fordern heute mit Nachdruck die Durchführung des Dawes-Gutachtens. Aber all das tun sie immer mit diesem stillen Vorbehalt: Die deutschen Arbeiter müssen die Zeche bezahlen.

Man täusche sich nicht. Der sich gegenwärtig in Deutschland abspielende Kampf ist nicht ein Kampf um Annehmen oder Ablehnen, sondern ein Kampf um die Lastenverteilung. Deshalb die Weigerung, das Washingtoner Achtstundentagabkommen anzuerkennen. Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach wie vor bezahlen: durch niedrige Löhne, durch lange Arbeitszeit, überhaupt durch Abbau der Sozialpolitik.

Der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände hat dies erkannt. Die Gewerkschaften haben daher in einem Schreiben an den Reichs-

kanzler darauf hingewiesen, daß das Dawes-Gutachten die Notwendigkeit unterstreicht, schon für das lautende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen für eine stärkere steuerliche Heranziehung der besitzenden Klassen in Deutschland vorzunehmen. Das Dawes-Gutachten sagt darüber: „Man kann zuversichtlich sagen, daß die wohlhabenderen Klassen mit einem weit geringeren als den ihnen gebührenden Anteil an der nationalen Last dazugekommen sind; daher haben wir es der deutschen Regierung zur erneuten Erwägung empfohlen, ob sie nicht, selbst angesichts der zugegebenen Verwaltungsschwierigkeiten, die Veranlagungen der letzten Jahre bei diesen besonderen Klassen von Steuerzahlern nachprüfen und ihre Steuerlast neu auf Goldbasis festsetzen sollte.“

Die von den gewerkschaftlichen Bundesvorständen nachgesuchte Verhandlung mit der Reichsregierung fand am 11. Juli statt. Es ergab sich, wie nicht anders zu erwarten war, daß die Regierung Marx-Stresemann nicht daran denkt, eine sozial gerechte Lastenverteilung vorzunehmen. Sie will, wie bisher, Reparationspolitik auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer treiben. Was ergibt sich daraus? Das Dawes-Gutachten bezeichnet es als Deutschlands Sache, nachdem es bestimmte Lasten für tragbar hält, diejenigen Vorschriften über die Mittel und Wege zu erlassen, wie die Steuerlast aufgebracht werden soll. Die innere Freiheit der Entschliebung bedeutet, daß die Lastenverteilung so wohl nach sozial gerechten Gesichtspunkten als auch ausschließlich oder überwiegend auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vorgenommen werden kann.

Deutschlands Reichsfinanzminister ist im Gegensatz zum Dawes-Gutachten der Auffassung, daß der Besitz steuerlich zu stark herangezogen ist. In seiner Verteidigungsschritt: „Feste Mark — Solide Wirtschaft“ erklärt er: „Jeder muß einsehen, daß die Belastung des Besitzes bis an die äußerst mögliche Grenze vorgetrieben ist.“ Daraus zieht er den Schluß, daß die Kapitalisten nicht zu gering, sondern so stark belastet sind, daß für sie möglichst bald eine Verminderung der Belastung eintreten muß. Das war auch die Quintessenz der Aussprache mit den Gewerkschaftsvertretern.

Die aus dieser Situation zu ziehenden Schlußfolgerungen sind klar: Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Mitwirkung der deutschen Arbeitnehmer bei der Durchführung des Dawes-Gutachtens davon abhängt, ob Sicherungen für eine sozial gerechte Lastenverteilung, das heißt für eine entsprechende Heranziehung des Besitzes, gegeben werden. Es ist für die freien Gewerkschaften untragbar, der Verabschiedung der Gesetze auf Grund des Dawes-Gutachtens stillschweigend zuzusehen und die innere Lastenverteilung alsdann durch den Bürgerblock auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer vornehmen zu lassen. Was jetzt bereits zur Entscheidung steht, ist nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Orientierung unserer Steuerpolitik; es ist die Entscheidung über die künftige deutsche Sozialpolitik.

Fritz Schröder.

Der „Pionier“ auf dem Holzwege.

Der Beratungsstoff, der auf dem diesjährigen Verbandstag der Buchdrucker seiner Bewältigung harret, scheint einem beachtlichen Teil von Gutenberg's Nachfahren zu hausbacken zu sein. Der Tagesordnung von nur 16 Punkten scheint das Große zu fehlen, das Erlebnis, das alle differenzierten Meinungen in die Ecke verbannt und das die Tagung wirkungsvoll als zwölften Markstein in der Geschichte weiterleitet. Wenn nicht alles trügt, ist dem Manko bereits abgeholfen und die sogenannte Offsetfrage wird schön frisirt den Mittelpunkt bilden, um den der Redestrom seine Kreise zieht.

Leipzigs Buchdrucker lieferten mit ihrem Antrag, den Jüngern Senefelders durch Gründung einer Verbandsvorstands-Offsetlehranstalt den Brotkorb höher zu hängen, das Sprungbrett. Die Redaktion des „Korrespondent“ betrat als Erster die Arena durch Veröffentlichung einer Notiz aus Prinzipalskreisen, wonach zum Nutzen des Profites das Heranziehen von Offsetdruckern nunmehr rationell betrieben werden soll. Dem angehängten Redaktionsschwanz schielte ob dieser Hülfe die helle Begeisterung aus allen Knöpföchern in der Annahme, daß nun wirklich nichts mehr fehl gehen kann.

Mit einem Artikel „Die Brüder vom Stein auf dem Kriegspfade“ tritt in Nr. 66 des „Korrespondent“ ein ganz Gewaltiger in den Ring. Seine Bedeutung offenbart sich nicht durch die Logik seiner Gedanken oder durch die Vorzüglichkeit seiner Argumente, sondern durch die Fülle von Platz die vom Hauptmieter trotz des immer betonten Raum Mangels abgetreten wird, was auf restloses Einverständnis schließen läßt. Wenn zwischen den Klammern zu lesen ist, das man offiziell im Interesse einer Verständigung von einer Stellungnahme absieht, so tut man angesichts der verständnisvollen Unterstützung gut, diese Versicherung unter dem Kennwort: „man so tun“ zu

rubrizieren. — Der für so notwendig erachtete Zug ins Große kommt trotz der enormen Platzverwendung im besagten Artikel an keiner Stelle zum Durchbruch und nur der Stich ins Groteske ist das einzige Ergebnis der Strangulierung von Logik und gesundem Menschenverstand. —

Als Ouvertüre ertönt zunächst die Weise vom alten ehrlichen Industrieverband vom Standpunkt der Type betrachtet. Die Hilfsarbeiter werden zuerst als Teilhaber ausgeschiff, weil sie noch zuviel Liebe zur selbständigen Organisation aufbringen. Den Buchbindern traut man nicht über den Weg, weil sie nach der Führung der „Pioniere“ streben, ändern aber die Verantwortung überlassen. Nur wir wurden für würdig befunden der neuen Firma als stiller Teilhaber anzugehören. Wo diese auffällige Liebe für uns ihren Sitz hat, wird nicht verraten. Kundige Thebaner behaupten, daß unsere Unbeweihrtheit und der Umstand, daß wir alle ein ehrlich Handwerk erlernten, auf der anderen Seite das Offsetzer schneller schlagen lies. — Aber diese Liebe ist nun auch schon wieder in die Binsen, weil die „Graphische Presse“ in einem Artikel und zwar zum ersten Male, seit von der schwarzen Zunft die Offsetfrage erfunden wurde, sich erküht hat, mit einigen bestimmten Sätzen die Interessen der Flachdrucker wahrzunehmen. Der Verfasser schimpft darüber wie ein Holzknecht und findet die Kurve wider, die sich um das Kennwort: „Industrieverbands-Knechtschaft“ bewegt, daß jenen offiziellen Artikel des „Korrespondent“ charakterisiert, der vor der Industrieverbands-Urabstimmung der Buchdrucker erschien. Wie tief die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit der graphischen Verbände bei solchem Tun sitzen muß, darüber soll sich der Leser selbst ein Bild machen. Wenn sich bei dieser Überlegung die Überzeugung Bahn bricht, daß die für uns bekundete Affenliebe von dem Umstand abstammt, weil wir einiges von der Offsetpresse verstehen, dann kann man Stichhaltiges nicht entgegen, zumal noch die Abänderungen der „Richtlinien über die Bedienung der Offsetmaschinen“ ganz eindeutig auf ein langsames aber sicheres Aufsaugen der größten Sparte unseres Verbandes zum Nutzen des großen Bruders hindeuten.

Um nun bei einem leichtgläubigen Publikum das nötige Vorgefühl zu erwecken, werden zunächst die vielen arbeitslosen Buchdrucker herumgereicht, die die Offsetpresse und die hartherzigen „Brüder vom Stein“ auf dem Gewissen haben. Genau so wie am Anfang der Bataille im Jahre 1921 in Nr. 60 der „Korrespondent“ behauptete, daß das in Berlin laufende Bäckerduzand Offsetpressen bereits 300 Buchdruckern das berufliche Lebenslicht ausgeblasen habe und genau so, wie in den rückliegenden Jahren in Mitgliedschaftsberichten und Ukassen der Maschinenmeistervereine zu durchsichtigem Zweck der gleiche Faden gesponnen wurde, genau so wird jetzt generalisiert, daß das Vorhandensein der Buchdruckersunft nur noch eine Frage von Monaten sei. Von den hahnenbüchsen Unsinn, daß zwei Drittel der vorhandenen Offsetpressen in „reinen Buchdruckarbeiten“ lauten, soll nur nebenbei Notiz genommen werden und soll als Beweis dienen, zu was für verzweifelten Mitteln Zuflucht genommen werden muß, wenn man eine unhaltbare Sache verteidigen will. Wo auf einmal diese Unmenge Steindruckerkommen, die sich anstelle der angeblich freigesetzten Buchdrucker setzen, sagt wohlweislich der Artikler nicht, dieweil er sonst bei der Untersuchung zu Ergebnissen kommen müßte, die nicht zum Zweck der Übung passen und die bei der Firma nicht beliebt sind. Das Grundsätzliche dieser Grenzstreitigkeit findet aus diesen Gründen bei keiner der vielen Angriffe Erwähnung, denn sonst müßte man doch sagen, daß es sich bei den vielen Grenzstreitigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung immer um die Zusammenfassung einer Berufsgruppe in einem Verband und um die Zulassung der durch die technische Entwicklung freigesetzten Arbeitskräfte zu einem anderen Beruf gehandelt hat. Das will man aber nicht, sondern es wird ja erstrebt die Zulassung zu einer Spezialmaschine eines anderen Berufes und die organisatorische Erkassung einer Berufsgruppe in zwei Verbänden. Da so etwas in der Arbeiterbewegung bisher keine Stätte hatte, deswegen das Drumherumreden und die Dekoration mit allerhand Feigenblätter. Daneben dürfen auch die Leser des „Korrespondent“ nicht wissen, daß die Zulassung zum Beruf schon im Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe in einer für die Buchdrucker günstigen Weise seine Erledigung gefunden hat, wie sie wohl kein Tarifvertrag irgend einer Gewerkschaft aufweist, auch der für das Buchdruckgewerbe nicht. Weil sich nun diese Frage bei den Buchdruckern entgegen der grundsätzlichen Einstellung in der Gewerkschaftsbewegung immer um der Weisheit letzten Schluß grappiert: wer soll arbeitslos sein, wollen wir aus der Stadt, wo die meisten Offsetpressen laufen mit einer Aufstellung dienen, die der Ortsausschuß des ADGB, aufgenommen hat und die zeigt, wie es um die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur vorhandenen Mitgliederzahl zwischen Steindruck und Buchdruck in den vergangenen 15 Monaten ausgesehen hat.

Es waren arbeitslos:

am 1. 4. 23:	5,6 Proz. Buchdr.,	4,6 Proz. Stdr.
am 1. 5. 23:	7,5 Proz. Buchdr.,	5,4 Proz. Stdr.
am 1. 6. 23:	6,8 Proz. Buchdr.,	7,4 Proz. Stdr.
am 1. 7. 23:	5,0 Proz. Buchdr.,	5,4 Proz. Stdr.
am 1. 8. 23:	4,6 Proz. Buchdr.,	5,0 Proz. Stdr.
am 1. 9. 23:	6,0 Proz. Buchdr.,	8,0 Proz. Stdr.
am 1. 10. 23:	17,8 Proz. Buchdr.,	15,4 Proz. Stdr.
am 1. 11. 23:	18,1 Proz. Buchdr.,	12,9 Proz. Stdr.
am 1. 12. 23:	23,2 Proz. Buchdr.,	26,0 Proz. Stdr.
am 1. 1. 24:	27,1 Proz. Buchdr.,	29,7 Proz. Stdr.
am 1. 2. 24:	25,0 Proz. Buchdr.,	22,1 Proz. Stdr.
am 1. 3. 24:	12,5 Proz. Buchdr.,	22,1 Proz. Stdr.
am 1. 4. 24:	7,4 Proz. Buchdr.,	13,8 Proz. Stdr.
am 1. 5. 24:	3,2 Proz. Buchdr.,	7,5 Proz. Stdr.
am 1. 6. 24:	3,2 Proz. Buchdr.,	6,0 Proz. Stdr.

Es muß nun wieder der Beurteilung denkender Leser überlassen bleiben, ob in der größten Offsetstadt, wo nach der Theorie des Artiklers die Arbeitslosigkeit der Buchdrucker wahrhaft katastrophal sein müßte, die Dinge so liegen, wie sie der Verfasser in den Spalten des „Korrespondent“ so schön träumt.

In Verbindung mit dieser Erscheinung steht auch die Mitgliederbewegung unseres Verbandes überhaupt. Um nicht wahllos irgend einen Ort herauszunehmen, wollen wir bei der gleichen Stadt bleiben und dabei bemerken, daß in den angegebenen Zeiten der Tarifvertrag für das Lithographie- und Steindruckgewerbe den Organisationszwang als Bestandteil führte, also Unorganisierte nicht vorhanden waren.

Am 1. 1. 1921 wurden an Mitgl. festgest.	2950
Bis Ende April 1924 beendeten die Lehre	237
	ergibt 3187
Abgang durch Tod und andere Ursachen	107
	ergibt als Soll 3080
Gezählt wurden Ende April 1924	2703
	ergibt weniger: 377

Da sich Zugang und Abgang infolge Zu- und Abreise bis auf 6 Kollegen, die mehr abgereist sind ungefähr deckt, bleibt der Umstand bestehen, daß in knapp 3 1/2 Jahren 370 oder mehr wie 10 Prozent der Mitglieder außer Beruf gehen mußten.

Angesichts dieser Tatsachen betrachte man sich nun diesen Schwanensang mit dem Mann von der Type den „Korrespondent“ unsicher macht und den „Brüdern vom Stein“ Unbarmherzigkeit und zopfigen Egoismus vorwirft. Bemerk muß dabei noch werden, daß jene unser Kollegen, die die Gastfreundschaft und Solidarität anderer Gewerkschaftsgenossen in Anspruch nehmen mußten, weil der erlernte Beruf für sie keine Existenzmöglichkeit mehr bot, nicht robust genug waren, um ebenfalls die modernsten Maschinen dort zu reklamieren, wo man ihnen Unterschlupf bot.

Zu gleichem Ergebnis wie die bereits erwähnten Untersuchungen, kommt auch eine statistische Erhebung des Tarifamtes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe, die im April dieses Jahres aufgenommen wurde. Es wurden ermittelt:

Handpressen	
vorhanden	unbesetzt
3493	833
Flachdruckmaschinen	
vorhanden	unbesetzt
2713	696
Rotationsmaschinen	
vorhanden	unbesetzt
158	56
Offsetmaschinen	
vorhanden	unbesetzt
622	112

Der Monat April stand im Zeichen der Hochkonjunktur, bietet also für Untersuchungen die beste Sicherheit. Diese Zahlen reden wiederum eine andere Sprache wie die Phantasien des Nurbuchdruckers und lassen erkennen, daß bereits 25 Prozent der vorhandenen Flachdruckmaschinen von der Offsetpresse freigesetzt wurden und daß eine Übersättigung der Betriebe mit Offsetmaschinen durch den Stillstand von rund 16 Prozent festgestellt wurde. Das brauchen natürlich die Leser des „Korrespondent“ wieder nicht zu wissen, denn wodurch soll sonst das allgemeine Feldgeschrei seinen Impuls erhalten und dann sind ja Phrasen viel billiger, mit denen man sich bei den Mitgliedern noch so nett in Positur setzen kann.

Nun gehört es noch mit zum Kommentar, die Sache so darzustellen, daß der Flachdruck von den Wirkungen der technischen Umgestaltung bisher freigelassen ist und sich weigert, seinen Tribut zu zahlen. Von der fast beispiellosen Katastrophe die Steindruck und Lithographie beim Aufkommen des Drei- und Vierfarbendruckes durchzukosten hatten, schweigen alle Flöten, was ja in diesem Falle den Amokläutern nur willkommen ist, weil durch die Anführung der massenhaften Abwanderung „reiner Steindruckarbeiten“ nach dem Buchdruck, Erinnerungen heraufbeschworen und Vergleiche möglich werden, die für die Type jetzt nicht am Platze sind.

Zur Beweisführung einige amtliche Zahlen aus der Zeit von 1908 bis 1913 wo diese Erscheinung besonders stark in den Vordergrund trat. Erfasst

wurden 1908 91 Prozent, 1913 94 Prozent aller im Reichsgebiet vorhandenen Betriebe.

Festgest. wurd. 1908 an Stdr.	9594
Zugang an Ausgelernten	2250
	ergibt: 11844
Festgestellt wurden 1913	9614
	ergibt Rückgang von 2230 Berufsangeh.
Festgest. wurd. 1908 an Lith.	5906
Zugang an Ausgelernten	1250
	ergibt: 7156
Festgestellt wurden 1913	4857
	ergibt Rückgang von 2299 Berufsangeh.

Hat es nun bei dieser furchtbaren Erscheinung, die den Buchdruck begünstigte und die auch heute noch nicht restlos abgeschlossen ist auch nur einen Menschen gegeben der darüber heulmeierte und der Bruderorganisation entgelten ließ, was die technische Umwälzung in Verbindung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unseren Mitgliedern auferlegte? Was wußte übrigens Döblin auf unserer Hamburger Generalversammlung zu sagen als die Dinge nebensächlich mit zur Sprache kamen? Nichts anderes, als was wir auch sagen müssen, daß, wenn eine Arbeit in mehreren Verfahren hergestellt werden kann, sie auf gehört hat, die Arbeit eines bestimmten Verfahrens zu sein. Und die Epigonen von heute, die möchten am liebsten die graphische Weltrevolution ausruhen, wenn sich ein Buchstabe auf eine Zinkplatte verirt und mit kanibalischem Tamtam die Wirkungen technischer Entwicklung ändern aufhalten, obwohl mit der Befähigung der im Buchdruck noch möglichen Bedienung von zwei Maschinen der ganze Spuk zum Verschwinden gebracht werden könnte. — Aber da müßte man ja einmal aggressiv werden. — Ja, ja, es hat sich etwas mit den „Pionieren“.

Nun noch ein Wort zu den technischen Begründungen der Ansprüche unserer Spezis von der Type. Zunächst leistet sich der Artikler bei der Verteilung der angeblichen Ansprüche der Buchdrucker im Tiefdruckgelände einen kapitalen Witz, bei dem sicher kein Auge trocken bleibt. Tatarin schimpft wie ein Rohrspatz, daß die Flachdrucker ebenfalls im Tiefdruck mit tun wollen und hochrot wie ein Truthahn pustet er in die Weltgeschichte, daß nur die Buchdrucker berechtigt seien, weil die Ähnlichkeit der beiden Verfahren schon durch die Namen gegeben sei. Die Namen sind aber Hochdruck und Tiefdruck, also Gegensätze. — Aus angeborener Höflichkeit wollen wir über das übrige technische Sauerkraut den Mantel wahrhaft christlicher Nächstenliebe decken. Wir sind schließlich auch Menschen und wissen, daß Lächerlichkeit unmöglich macht. Wunders muß man sich nur, daß ein führendes Gewerkschaftsblatt, am Sitze des Bildungsverbandes, sich dem homerischen Gelächter der Fachkreise in dieser Weise preisgibt. Was soll man denn dazu sagen, wenn behauptet wird, daß das Geheimnis des Offsetdruckes nur in der Farbgebung liegt, oder daß ein Umdruck auf rundgespannten Gummiflächen zwischengeschaltet wird. Oder, daß Offset überhaupt kein Flachdruck ist, weil die nicht druckenden Flächen tiefer liegen als die Druckform. Wo angesichts dieser phänomenalen Beweistührung der Steindruck eigentlich hingehört, bei dem das zu druckende Bild tatsächlich je nach der Art der Arbeit höher gelegt werden kann, bleibt das Geheimnis des Verfassers. Oder wenn davon gesprochen wird, daß es uns nur darum zu tun sei für Steindruck und Ätzer jede Lohnforderung zu stellen, die wegen Knappheit an Arbeitskräften auch bewilligt werden müsse. Es ist wirklich nicht zu viel behauptet wenn wir sagen, daß auf Grund solcher Kenntnisse für einen Redakteur des Witzblattes „Lachen links“ ein Feld vorhanden ist, das der Ausbeutung wert ist. Bedauerlich bleibt nur der Umstand, daß so etwas auf die Öffentlichkeit losgelassen, geglaubt wird und daß dann Schlüsse gezogen werden, die mit der Wirklichkeit so arg auf dem Kriegsfuß stehen. Keine Ahnung davon, daß der rotierende Flachdruck schon seit 22 Jahren besteht. Keine Ahnung davon, daß sich in ein und dieselbe Arbeit Offsetpresse, Flachdruckmaschine oder Zinkrotzyklus teilen können, wodurch allein schon der Beweis erbracht ist, daß es sich um ein und dasselbe Verfahren handeln muß, und keine Ahnung auch davon, daß der Offsetdruck die Drucklegung vieler Zeitschriften, Prospekte und auch Bücher ermöglicht, die sonst nicht aufgelegt werden könnten weil sich durch Verwendung minderwertiger Papiere eine Ausstattung mit Illustrationen im Buchdruck einfach verbietet, wodurch wiederum dem Setzer unbedingt Arbeiten zutallen, die sonst nicht gemacht würden. Es kann aber auch nicht unsere Aufgabe sein, durch Zeitungsartikel diesem Manko an technischem Wissen abzuhelfen und wir denken, daß es in allen Druckstädten von einiger Bedeutung Fachklassen der Fortbildungsschulen gibt, wo man sich so etwas aneignen kann, wenn man das Bedürfnis hat, in der Öffentlichkeit darüber zu oraken.

Nunmehr kann der Verbandstag der Buchdrucker beschließen was er will. Für Offsetschulen wird wohl auch überall ein Raum zu haben sein. Eine Abänderung der „Richtlinien“ kommt

für uns aut gar keinen Fall in Frage. Ob wir sie noch halten können bis zu unserem Verbandstage, wird die Praxis entscheiden und die Freisetzung der Flachdruckpressen und damit vieler Kollegen wird unser Handeln bestimmen. Ob es nun so bleibt oder ob wir von den „Richtlinien“ zurücktreten, die Interessenvertretung aller Flachdrucker bleibt in einer Hand. Auch darüber ist nicht zu reden. Der Pionier von der Mancha hat mit seinen Ideen in einer modernen Gewerkschaft keinen Raum zur Betätigung. Wenn die Buchdrucker bezüglich des Industrieverbandes Offerte machen, dann werden wir sorgsam prüfen. Als ehrliches Bekenntnis muß voranstehen, ein hörbares Abbrechen von dem offiziellen Streikbruch in Laupen. Geschichte das nicht, dann wissen wir was uns blüht und wir danken. Zusammenschluß ohne die anderen Verbände ist ebenfalls zwecklos, denn er liegt in der Richtung der Majorisierung und wird nur unternommen wegen der Offsetfrage. Sollte aber wider Erwarten der Geist der Industrieverbands-Urabstimmung umgeschlagen sein, dann sind wir mit von der Partie, wenn wir ausreichende Garantien erhalten für unsere Betätigung unter der Flagge strafloser zentraler Verfassung des neuen Bundes.

Als Verband und Einzelmitglieder werden wir gut tun, gerade in dieser Frage uns der gesteigerten Aktivität zu befleißigen, um die Tagung der Buchdrucker und die Handlungen unserer Verantwortlichen mit erhöhter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Leipzig.

M. Axel.

Neue Liste der Privatlithographen und Privatdrucker.

Nach § 14 Absatz 5 und 5a des Tarifes für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe darf die Vergabe von Arbeiten nur an solche Betriebe (einschließlich Privatlithographen und Privatdrucker) erfolgen, die den Tarif anerkennen und befolgen und in einer beim Tarifamt niedergelegten Liste verzeichnet sind. Alle in der Liste aufgeführten Betriebe erhalten als Legitimation tariflicher Betriebe eine Ausweiskarte vom Tarifamt.

Da die Liste der Privatlithographen und Privatdrucker nach Abschluß des neuen Tarifes wieder neu aufgelegt und nun abgeschlossen ist, erläßt der Geschäftsführer des Tarifamtes, Kollege Czoch, unterm 15. August folgende Bekanntmachung:

Auf Beschluß der Vertragsverbände vom 8. Juli 1924 ist die Liste der Privatlithographen und Privatdrucker neu angelegt und sind den aufgenommenen Privatlithographen und Privat-

druckern neue Ausweiskarten (weiß) ausgehändigt worden.

Die alten Ausweiskarten (blau) haben am 15. August cr. ihre Gültigkeit verloren. Die Privatlithographen und Privatdrucker sind durch Rundschreiben vom 1. August von dieser Maßnahme in Kenntnis gesetzt worden.

Wir bitten dringend zu beachten, daß gemäß § 14 Ziffer 5 des Tarifvertrages die Vergabe von Arbeiten nur an solche Privatlithographen und Privatdrucker erfolgen darf, die in der beim Tarifamt niedergelegten Liste verzeichnet sind.

Wer nicht im Besitze der weißen Ausweiskarte ist, ist in der Liste nicht verzeichnet.

Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler Österreichs.

Da Veranlassung vorliegt, die Einholung von Auskunft über österreichische Stellenangebote im Interesse aller Kollegen auf schnellstem Wege zu ermöglichen, geben wir die Adressen der österreichischen Auskunftserteiler zur Einholung von Auskunft allen Kollegen bekannt. Diese Adressen für die einzelnen Orte, bei denen auch über die Nebenorte Auskunft zu erhalten ist, sind:

Graz: Karl Freytag, Griesgasse 21 p.

Linz: Richard Lachinger, Starhembergasse 45.

Innsbruck: Anton Luksch, Glasmalerstraße 4.

Kufstein: Robert Schögl, Sparen 12.

Wien: Karl Mühlberger, Zieglergasse 25.

Wir bitten, diese Adressen dem letzthin erschienenen Verzeichnis der Auskunftserteiler einzuverleihen, und in jedem Falle vor der Annahme einer Stelle die erbetene Auskunft abzuwarten.

Vom Büchertisch.

Gewerkschaften und Sachverständigen-Gutachten. Stellungnahme des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zum Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924. Ergebnisse der zur Prüfung der Gutachten eingesetzten Sonderkommission. Zusammengefasst im Auftrage der Spitzenverbände als Material für die Funktionäre von Kurt Heinig.

Berlin 1924, 54 S. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 30 Pfg.

Die drei Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, beziehen nach der amtlichen Veröffentlichung der Gutachten der Daweskommission und der Mac-Kenna-Kommission einen Sonderausdruck. Er wurde beauftragt, die beiden Sachverständigen-gutachten in ihrer mutmaßlichen Auswirkung auf die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeitnehmer zu untersuchen und festzustellen, welche Schlussfolgerungen sich daraus für die

Gewerkschaften ergeben; darüber soll schriftlicher Bericht erstattet werden.

Die Sonderkommission hat die ihr übertragene Aufgabe nicht so aufgefaßt, daß sie den Inhalt der Sachverständigen-Gutachten zu popularisieren habe. Sie setzt zum mindesten die allgemeine Kenntnis des Inhalts der durch die Sachverständigen an die Reparationskommission erstatteten Berichte voraus, ebenso die Kenntnis des Tabellensatzes, daß der Inhalt des Berichtes der Dawes-Kommission auf der ganzen Welt als einheitliches Ganzes betrachtet werden soll. Die Regierungen Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens bedingungslos als Lösung der Wiedergutmachungsfrage anerkannt worden ist. Aus verständlichen Gründen hat die Sonderkommission im besonderen die Möglichkeiten einer Initiative erörtert, die in der die für die Arbeitnehmer etwa gefährlichen Folgen aus der ersten Durchführung der Sachverständigenberichte rasch zu korrigieren. Die Entwicklung der Wiedergutmachungsfrage, wie sie durch die Sachverständigenberichte schon im voraus weit über die nächsten Jahre hinaus festgelegt worden ist, trat bei den Untersuchungen der Sonderkommission aus wohlüberlegter Absicht in den Hintergrund. Die Sonderkommission hielt es für notwendiger, die unabwägbare Einflußnahme der Gewerkschaften auf die praktische Durchführung der Sachverständigenvorschläge allem anderen voranzustellen.

Die deutsche Arbeiterschaft und das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April, von Heinrich Löffler und Dr. Georg Berger. Preis 80 Pfg. „Firm“-Verlag, Berlin 35, Karlsbad 4.

In dieser Schrift, die in einer für die große Masse der Bevölkerung geeigneten Weise zu dem wichtigsten Gegenstande der heutigen deutschen Politik Stellung nimmt, behandeln die Verfasser den Vertrag von Versailles, den Kampf um deutsche Erze und Kohle, das Spaa-Abkommen, die Tätigkeit der Reparationskommission und den Einbruch in das Ruhrgebiet. Der zweite Teil der Schrift erklärt den Ausgangspunkt des Sachverständigen-gutachtens, die Frage der Währung und der Notenbank, die Bilanzierung des deutschen Staatshaushaltes und die Quellen der Vertragsleistungen. Ferner werden Umfang und ihre Art, die Technik der von Deutschland zu leistenden Zahlungen, die Haltung der Entente-Mächte zu dem Gutachten usw. im dritten Teile wird die Haltung auseinandergesetzt, die man in Deutschland zu dem Gutachten in den verschiedenen Kreisen einnimmt, und dann der Nachweis erbracht, daß uns unter den heutigen Verhältnissen nichts anderes übrig bleibt, als dem Sachverständigen-gutachten grundsätzlich zuzustimmen. Wenngleich seine Durchführung bittere Opfer erfordert und auch ohne harte innere Kämpfe wegen der Schwierigkeiten der Lastenverteilung in Deutschland nicht abgehen wird, so würde doch die Ablehnung nicht nur unser Verhältnis zum Auslande verschlechtern, sondern auf allen Gebieten neues Elend über Deutschland heraufbeschwören. Die recht klar geschriebene Schrift sollte recht große Verbreitung finden, denn sie bedeutet eine kräftige Stärkung des Standpunktes, der sich nach und nach in allen Lagern des Volkes durchzusetzen beginnt.

Probleme der Baukostenverbilligung. Von Dr. M. Wagner. Verlag Vorwärts-Buchdruckerei, Berlin SW 68. Preis 2 Mk.

Angesichts der immer noch zunehmenden Wohnungsnot kommt dieser Schrift besondere Bedeutung zu. Dr. Wagner geht in der Schrift davon aus, daß die Fachwelt das Problem der Baukostenverbilligung immer noch vom Standpunkte einer fünf- oder bestenfalls zehnprozentigen Verbilligung des Bauens behandle, während heute nach Lage der Verhältnisse eine fünfzigprozentige Verbilligung das Ziel sein müsse. Der Verfasser weist die Möglichkeit einer solchen Verbilligung durch eine Organisation der Bauwirtschaft nach. In einzelnen Abschnitten behandelt er die Verbilligungsmöglichkeiten, die sich erreichen lassen durch die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der Baubetriebe, die Sicherung des Baukapitals, die Beseitigung der ungeheuren Leerläufe in der Bauindustrie und im Baugewerbe, durch eine wirtschaftliche Betriebsführung, durch Normalisierung und Typisierung, durch eine zweckentsprechende Organisierung des Baukapitals usw. Die Schrift sollte von allen gelesen werden, die an der Verbilligung des Wohnungsbaues interessiert sind, besonders aber von denen, deren praktische Aufgabe die Durchführung der Verbilligung des Wohnungsbaues ist.

SEIT JULI 1924 wird die im 30. Jahrgang stehende, wegen ihres reichen fachtechnischen Inhaltes von den Fachleuten der ganzen Welt geschätzte illustrierte graphische Monatschrift

DEUTSCHER BUCH- UND STEINDRUCKER

in der Qualitätsdruckerei
OTTO ELSNER K.-G. IN BERLIN
gedruckt und erscheint damit
IN VOLLIG
NEUER TYPOGRAPHISCHER
AUSSTATTUNG.

Den Erfordernissen des Flachdruckes entsprechend wird dem
STEIN- UND
OFFSET-DRUCKVERFAHREN
und seinen Hilfsmitteln erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Der Bezugspreis von 3 Gm. vierteljährlich bleibt unverändert. Gehilfen und Lehrlinge erhalten einen Nachlaß von 20%, mithin stellt sich für diese der Bezugspreis auf nur
2,40 Gm. VIERTELJÄHRLICH
hierzu treten Postüberweisungsgebühr von 0,50 Gm. oder für direkte Zusendung unter Kreuzband innerhalb Deutschlands 1,20 Gm., Ausland 1,50 Gm. Bestellungen werden durch die Post oder Einzahlung auf unsere Postcheckkonten Berlin 2888, Wien 105095, Prag 79607, Bern III 3247 erbeten.

Deutscher Buch- u. Steindrucker
Berlin SW 61

2 Umdrucker

1 lith. Maschinenmeister

für Merkantil und Chromo zum sofortigen oder späteren Eintritt bei gutem Lohn gesucht.

Jüngere, ledige Leute wollen sich schriftlich oder persönlich melden

Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.
Leverkusen bei Köln a. Rh.

Notenstecher

mit allen Arbeiten vertraut, gesucht.

Dr. Rokotnitz G. m. b. H., Berlin, Elisabeth-Ufer 28-29.

Fachliteratur!

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,50 G.-Mark.

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER
von Bernhard Enders
Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,- G.-Mark.

Verlag Conrad Müller, Schenditz.

Original-„KUMV-Fräser“

anerkannt das beste Werkzeug für die Klisterschleifung, zeichnen sich aus durch Härte, Haltbarkeit und großes Schneiden. - In allen Größen zu haben.

Paul Berndt, Präzisionswerkzeug-Fabrik
Berlin S 59, Kottbuser Damm 2.
(Moritzplatz 165/11).

Lieferant fast aller großen Firmen und der Reichsdruckerei.

Saalfeld (Saale)
Sonntag, den 24. und 31. August ds. Jr.

Drucksachenausstellung

Goethe und Hans Sachs
Eintrittspreis 10 Pfennig.